

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Wolfgang
Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/1482 –**

Hunger bekämpfen, Recht auf Nahrung stärken

A. Problem

Laut Welthungerindex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) müssen gegenwärtig immer noch 842 Millionen Menschen Hunger leiden. Die Gesamtentwicklung der Nahrungsmittelversorgung zeigt zwar regionale Verbesserungen auf, beispielsweise in Südostasien und Lateinamerika, belegt aber zugleich auch regionale Verschlechterungen, beispielsweise in Subsahara-Afrika.

Während der Weltagrarbericht einen Kurswechsel hin zur ökologischen Landwirtschaft empfehle, setze die Bundesregierung nach Auffassung der Antragsteller nach wie vor auf das Modell einer agrarindustriellen Landwirtschaft und auf eine globale Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern.

Unter Beibehaltung eines weitestgehend nicht regulierten Welthandels solle die Landwirtschaft nach diesem Modell durch einen globalen Technologietransfer weiter modernisiert werden. Die Bundesregierung spreche sich dabei für den weitflächigen Einsatz von mineralischem Dünger und die Verwendung von kommerziellem Saatgut aus.

Sie propagiere Public-Private-Partnership-(PPP)-Projekte wie die German Food Partnership (GFP) und die G8 New Alliance, obwohl die bisherigen Erfahrungen gezeigt hätten, dass damit gerade die Kleinproduzentinnen und Kleinproduzenten in eine Negativspirale aus Abhängigkeit und Schulden gerieten.

Nach Auffassung der Antragsteller sind es gerade die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die Kleinfischerinnen und Kleinfischer sowie die Pastoralistinnen und Pastoralisten, die die Ernährung eines Großteils der Weltbevölkerung sicherstellen und damit zugleich wertvolle Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung schaffen.

Die Antragsteller sehen die eigentliche Herausforderung bei der Hungerbekämpfung weniger in der Steigerung der Produktionsmengen, sondern mehr in der Gewährleistung einer gerechteren Verteilung. Es gehe im Kern darum, den Zugang der ärmeren und mittellosen Bevölkerung zu nährstoffreichen, vitamin- und mineralhaltigen

Nahrungsmitteln sicherzustellen. Dazu müssten in den Entwicklungsländern vor allem lokale Infrastrukturen und soziale Sicherungssysteme aufgebaut werden. Zudem sei der Zugang zu Land, Saatgut und Wasser sicherzustellen.

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung dazu auf, dem Leitbild der Ernährungssouveränität und dem Recht auf Nahrung folgend, die Fähigkeit zur Selbstversorgung zum Schwerpunkt ihrer Entwicklungspolitik zu machen und die Mittel für eine agrarökologische ländliche Entwicklung zur Stärkung der kleinbäuerlichen Strukturen in den Entwicklungsländern deutlich zu erhöhen. Sie solle sich zudem für eine Stärkung der Landrechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und gegen Landgrabbing einsetzen.

Darüber hinaus fordern die Antragsteller, auf der EU-Ebene den Import von Futtermitteln aus Drittstaaten zu reduzieren, die Subventionierung von Exporten in Entwicklungsländern ersatzlos abzuschaffen und den Import von Biomasse zu untersagen. Schließlich sollen die Verhandlungen über Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gestoppt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/1482 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2014

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar G. Wöhrl
Vorsitzende

Peter Stein
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Niema Movassat
Berichterstatter

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Peter Stein, Dr. Sascha Raabe, Niema Movassat und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 18/1482** in seiner 57. Sitzung am 9. Oktober 2014 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Leitbild der Ernährungssouveränität folgend, die Fähigkeit zur Selbstversorgung zum obersten Ziel ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu machen.

Dementsprechend solle sie den Weltagrarbericht unterzeichnen und dessen Empfehlungen bezüglich einer Neuorientierung der Agrarpolitik und Agrarforschung hin zu einer agroökologischen Landwirtschaft umsetzen. Danach müsse der Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GMOs) in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ganz verboten werden.

Es gelte vor allem, die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und andere marginalisierten Gruppen als EZ-Partner zu fördern, die Mittel für ländliche Entwicklung zu erhöhen und die lokalen Strukturen in den EZ-Partnerländern zu stärken. Insbesondere sollen in den EZ-Partnerländern Initiativen zum Aufbau kollektiver Strukturen wie Produktions- und Vertriebsgenossenschaften unterstützt werden.

Im Rahmen des Aufbaus von eigenständigen landwirtschaftlichen Strukturen in den Entwicklungsländern sollen die Landrechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gestärkt, lokale Märkte gefördert und jede Form von Landgrabbing beendet werden. Dazu sollen Monitoring-Stellen in den jeweiligen Botschaften eingerichtet und die Verträge der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mit ihren Geschäftspartnern offengelegt werden.

Ergänzend dazu sollen regulative Maßnahmen zur Beendigung von Nahrungsmittelspekulationen ergriffen, der Import von Futtermitteln und Agrotreibstoffen aus Drittstaaten reduziert, der von Biomasse verboten und Exportförderersubventionen ersatzlos abgeschafft werden.

Darüber hinaus wird von den Antragstellern eine radikale Kehrtwende in der internationalen Handelspolitik gefordert. Entsprechend soll sich die Bundesregierung in der EU für den Stopp der Verhandlungen über Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen einsetzen.

Stattdessen solle die Bundesregierung das Committee on World Food Security (CFS) als das bisher demokratischste und partizipativste globale Gremium für Ernährungssicherungsfragen stärken und gegenüber anderen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) aufwerten.

Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, dafür zu werben, dass innerhalb der EU eine Beschwerdestelle eingerichtet wird, bei der Drittstaaten Klagen einbringen können, wenn sie ihr Recht auf Ernährungssicherung durch die EU verletzt sehen.

Mit Rücksicht auf nachweislich negative Erfahrungen mit PPP-Projekten soll die Partnerschaft in der „German Food Partnership (GFP)“ ausgesetzt und kritisch evaluiert und die in der „G8 New Alliance“ beendet werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage auf Drucksache 18/1482 in seiner 24. Sitzung am 17. Dezember 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 18/1482 in seiner 24. Sitzung am 17. Dezember 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und

SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 18/1482 in seiner 13. Sitzung am 4. Juni 2014 und in seiner 24. Sitzung am 17. Dezember 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begründet ihren Antrag mit dem Eindruck, dass von der Bundesregierung unter dem Deckmantel der Hungerbekämpfung andere Ziele verfolgt werden sollten, nämlich die Erschließung neuer Märkte für deutsche Unternehmen wie BASF, Bayer oder SAP. Man glaube nicht an die Illusion einer Win-Win-Situation, in der auf der einen Seite der Hunger der Unternehmen nach Profit und auf der anderen Seite der Hunger der Menschen nach Nahrung befriedigt werden könne. Eine nachhaltige Bekämpfung des Hungers setze in erster Linie den Aufbau von stabilen lokalen Strukturen der Erzeugung von, der Verarbeitung von und des Handels mit Lebensmitteln in den Schwellen- und Entwicklungsländern voraus. Ein erster Schritt dazu bestünde darin, die EU-Agrarsubventionen abzubauen, die Verhandlungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) und EU-Fischereiabkommen zu stoppen, mit denen eine nachhaltige Entwicklung der Länder des Südens verhindert werde. Darüber hinaus gehe es darum, den Export des westlichen Agrarmodells, verbunden mit der Verbreitung mineralischer Düngemittel, kommerziellen Saatgutes und der Einbindung der Kleinbauern in mehrstufige globale Wertschöpfungsketten, zu stoppen. Eine Politik nach diesem Modell führe letztlich zu Verschuldung und Abhängigkeit. Da diese Form der Landwirtschaft nur 30 Prozent der Nahrungsmittel produziere, aber 70 Prozent der eingesetzten Energie verbrauche, stelle sie in ökologischer Hinsicht eine Katastrophe dar. Notwendig sei eine radikale Umkehr der globalen Agrarpolitik, denn laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) könne genug Nahrung für 12 bis 14 Milliarden Menschen produziert werden. Die Bekämpfung des Hungers sei mehr eine Frage der gerechten Verteilung von Nahrungsmitteln.

Die **Fraktion der CDU/CSU** räumt ein, dass der Antrag einige Punkte enthalte, denen man durchaus zustimmen könne, etwa die Unterstützung des von der Bundesregierung angekündigten EZ-Schwerpunktes der Hungerbekämpfung. Es gebe aber zu viele Punkte, die man ablehnen müsse, etwa die Forderung nach einem sofortigen Stopp der Verhandlungen zu Freihandelsabkommen. Darum werde man den Antrag insgesamt ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** schließt sich der Einschätzung der Fraktion der CDU/CSU an. Man teile die Auffassung, dass es sinnvoll sei, die ländliche Entwicklung und Kleinbauern zu stärken. Entwicklungsländern müsse aber auch die Chance eingeräumt werden, durch Wertschöpfung am Welthandel teilnehmen zu können. Mit dem so erwirtschafteten Geld könne man dort, wo keine Selbstversorgung möglich sei, Lebensmittel aus Nachbarländern importieren. Diese Option sei in den Antrag nicht klar aufgenommen worden. Zudem könne man nicht einfach einen Verhandlungsstopp bei den Freihandelsabkommen fordern, ohne zu sagen, in welche Richtung es dann weitergehen solle. Darum werde man den Antrag insgesamt ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, der Antrag enthalte viele gute Punkte, denen man durchaus zustimmen könne. Dazu zähle beispielsweise die Forderung nach Ernährungssouveränität und die Förderung von Kleinbauern. Problematisch finde man das geforderte Importverbot von Biomasse. Man selbst plädiere für eine Bindung der Importe an strenge Menschenrechts-, Sozial- und Umweltkriterien. Dazu gehöre, dass die Regierung eines Herkunftslandes nachweisen müsse, dass die Ernährung der eigenen Bevölkerung gesichert sei und gleichzeitig genügend Flächen unter Umweltschutz stünden. Sei das gewährleistet, könne der Export von Biomasse zur Energiegewinnung sehr wohl sinnvoll sein. Bis zur Einhaltung dieser Standards und ihrer Überprüfung könne ein Moratorium eingeführt werden. Auch an das Thema Nahrungsmittelspekulationen müsse man differenzierter herangehen, denn Termingeschäfte dienten der Absicherung der Geschäfte der Bauern. Weil aber vieles im Antrag unscharf und missverständlich formuliert sei, werde man sich enthalten.

Berlin, den 17. Dezember 2014

Peter Stein
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Niema Movassat
Berichterstatter

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

